

Der Irak und der syrische Bürgerkrieg

Syrien ist Anlass für die Gewalteskalation im Irak, Ursache ist aber Malikis Autoritarismus

Guido Steinberg

Der Irak durchlebt eine schwere politische Krise, die durch die im Frühjahr 2013 einsetzende Eskalation terroristischer Gewalt verschärft wird. Seit Dezember 2012 reißen die Proteste in den sunnitischen Provinzen im Westen und Norden nicht mehr ab, die Zahl der Todesopfer erreichte von April bis Juli wieder das Niveau von 2008. Anlass dieser Entwicklung ist der Bürgerkrieg in Syrien. Die Ursachen liegen jedoch im Irak selbst, wo Ministerpräsident Maliki gegen heftigen Widerstand autoritär regiert. Seine Politik gegenüber Irakisch-Kurdistan ist gescheitert, die Region wendet sich mehr und mehr vom Irak ab. Auch die Allianz schiitischer Parteien, die Maliki stützt, ist nicht stabil: Die Sadr-Bewegung etwa harrt nur auf Druck Irans im Lager des Ministerpräsidenten aus. In dieser Situation versucht Maliki einen schwierigen Balanceakt, um die Auswirkungen des Syrienkonflikts zu begrenzen. Fällt das Regime im Nachbarland, dürfte die konfessionelle Gewalt im Irak weiter eskalieren. Auch wenn ein erneuter Bürgerkrieg unwahrscheinlich ist, wird das Land auf Jahre hinaus instabil bleiben.

Auch der Irak wird nicht von den Unruhen verschont, die den Nahen Osten seit 2011 erfasst haben. Nach sporadischen Kundgebungen ab Februar 2011 verstetigten sich seit Dezember 2012 die Proteste vor allem sunnitischer Demonstranten in den westlichen und nordwestlichen Provinzen. Sie richten sich insbesondere gegen den zunehmend autoritären Regierungsstil Ministerpräsident Malikis und seine Versuche, führende sunnitische Politiker von ihren Positionen zu entfernen. Die politisch motivierte Ausstellung eines Haftbefehls gegen den sunnitischen Finanzminister Rafi al-Isawi Anfang Februar trieb mehrere zehntausend Menschen auf die Straßen. Die Regierung

antwortete mit teils brutaler Repression. Im April wurden fast fünfzig Menschen getötet, als Armeeinghörige in Hawija in der Provinz Kirkuk ein Protestcamp auflösten.

Nachdem sunnitische Aufständische ihre Aktivitäten ausgeweitet und insbesondere in den Provinzen Anbar, Nainawa, Salah ad-Din, Kirkuk und Diyala zugeschlagen hatten, folgte eine Eskalation der Gewalt. Anschläge auf die Sicherheitskräfte und deren Feuergefechte mit Aufständischen mehrten sich. Gleichzeitig erhöhten die Rebellen unter Führung der irakischen al-Qaida die Frequenz von Autobombenanschlägen in Bagdad und anderen großen Städten, die sich häufig gegen schiitische

Zivilisten und Moscheen richteten. Ab 2012 wurden auch schiitische Milizen wieder aktiv, die sich in den Vorjahren zurückgehalten hatten. Die Gewalt gegen sunnitische Moscheen und Viertel nahm zu. Insgesamt waren die Monate April bis Juli 2013 die blutigsten im Irak seit 2008 und ließen Erinnerungen an den damals endenden Bürgerkrieg wach werden.

Irakische Syrienpolitik

Der Konflikt in Syrien ist Anlass für die erneute Gewalteskalation im Irak. Er hat innenpolitische Bruchlinien vertieft, indem er bei der schiitischen Bevölkerungsmehrheit (rund 60%) die Sorge vor einer sunnitischen Machtübernahme in Syrien hervorrief, die wiederum viele Sunniten eher begrüßen würden. Die Sunniten erhoffen sich Unterstützung in ihrem Konflikt mit der Regierung Maliki und ihren schiitischen Unterstützern.

Der Krieg in Syrien hat zudem die innenpolitischen Gewichte im Irak verschoben. Die arabischen Sunniten verloren den Bürgerkrieg 2005–2008, der vor allem in Bagdad ausgefochten wurde. Zwar sorgte die amerikanische Besatzungsmacht dafür, dass ihre Vertreter und die mit ihnen verbündeten säkularen Kräfte weiterhin eine politische Rolle spielten. Doch mussten sie akzeptieren, dass schiitische Akteure unter Führung von Ministerpräsident Maliki die Politik der Bagdader Regierung fortan dominierten.

Der Aufstand in Syrien weckte unter den demoralisierten und von der Regierung zusehends marginalisierten Sunniten Hoffnungen, dass sie ihre Niederlage revidieren könnten. Denn die syrische Rebellion wird von der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit getragen. Nach einem Regimewechsel in Damaskus würden sunnitische Gruppierungen, vermutlich unter Führung der Muslimbruderschaft, die Macht übernehmen. Käme es dazu, erwarten die irakischen Sunniten Unterstützung aus Damaskus. Hinzu kommt, dass die syrischen Sunniten besonders in den großen

Städten wie Aleppo, Hama, Homs und Damaskus und im Osten des Landes stark vertreten sind. Die Sunniten im Norden und Osten Syriens unterhalten seit Jahrhunderten enge tribale, religiöse und wirtschaftliche Beziehungen zu den Sunniten des Irak, beide Siedlungsgebiete bilden einen zusammenhängenden arabisch-sunnitischen Kulturraum. Nach 2003 erleichterte dies den syrischen Sunniten die Unterstützung der irakischen Aufständischen, Syrer stellten neben den Saudis die meisten ausländischen Kämpfer. Mittlerweile hat die irakische al-Qaida ihre Aktivitäten auf Syrien ausgedehnt.

Die Regierung Maliki hingegen fürchtet eine Machtübernahme der sunnitischen Opposition in Damaskus aus denselben Gründen, aus denen viele irakische Sunniten sie herbeiwünschen. Darüber hinaus wird die Regierung in Bagdad von der iranischen Führung dazu gedrängt, Damaskus zu unterstützen. Iran hat mehrfach erklärt, dass es alles tun werde, um seinen Verbündeten vor dem Sturz zu retten. So steht es ihm denn auch mit Lieferungen von Waffen, Munition, Ausrüstung und militärischem Personal bei. Dagegen ist die irakische Regierung sehr viel vorsichtiger, da ihre Beziehungen zum Asad-Regime lange angespannt waren. Bagdad warf Damaskus in den letzten Jahren immer wieder vor, Anführern der Aufständischen Zuflucht zu gewähren und Reisen von Jihadisten in den Irak zu unterstützen. Für drei besonders folgenschwere Anschläge in Bagdad zwischen August und Dezember 2009 – bei denen jeweils mehr als 100 Menschen getötet wurden – machte die irakische Regierung Syrien verantwortlich. Die Folge war ein heftiger medialer Schlagabtausch zwischen beiden Regierungen. Die irakische Regierung dürfte auch deshalb vorsichtig sein, weil sie nicht damit gerechnet hat, dass sich das Asad-Regime halten würde. Insofern wäre es unklug, sich für eine verlorene Sache stark zu machen.

Folgerichtig nimmt Bagdad eine ambivalente Haltung ein, indem es einerseits immer wieder seine Neutralität beteuert,

andererseits aber das Asad-Regime indirekt unterstützt. Dies zeigte sich zunächst, als es sich ganz ähnlich wie Iran wiederholt gegen einen gewaltsamen Regimewechsel und für Verhandlungen aussprach. Im November 2011 wurde die irakische Position deutlicher: Als die Arabische Liga über die Suspendierung der Mitgliedschaft Syriens abstimmte, enthielt sich der Irak (während Libanon und Jemen mit Nein stimmten). Im Verlauf des Jahres 2012 schien in Bagdad die Sorge vor den Folgen des Syrienkonflikts zu- und die Vorsicht im Umgang mit dem Thema abzunehmen. Regierungsvertreter verwiesen damals auf die Gefahr eines Übergreifens auf den Irak und einen drohenden »konfessionellen Krieg« in der Region. Sie forderten nun eine diplomatische Lösung, bei der auch Iran nicht ausgeschlossen werden dürfe. Dies entsprach genau der Position iranischer offizieller Gesprächspartner des Autors, die im Herbst 2012 Ähnliches vorschlugen.

Von besonderer Bedeutung ist Iraks Duldung der iranischen Hilfen für Syrien. Bagdad erlaubt Iran, irakischen Luftraum zu nutzen, um für Syrien bestimmte Versorgungsgüter einzufliegen. Auf wiederholte amerikanische Proteste ließen die irakischen Behörden zwar alibiartig einige iranische Flugzeuge inspizieren, doch wurden nach irakischen Angaben nie Waffen oder Ausrüstung gefunden. Dabei nahmen die iranischen Hilfslieferungen im Verlauf des Jahres 2012 enorm zu, ohne dass die irakische Regierung eingriff, was deutlich zeigte, dass es ihr am politischen Willen fehlte. Zumindest im Jahr 2012 lieferte das irakische Ölministerium auch noch Diesel nach Syrien. Auf der Seite der syrischen Truppen fanden sich gleichzeitig immer mehr schiitische irakische Kämpfer. Ihnen ging es zunächst vor allem darum, das Heiligtum der Sayyida Zainab (einer Tochter des ersten Imam Ali) in einem südlichen Vorort von Damaskus zu schützen, das zu den beliebtesten Pilgerstätten des schiitischen Islam gehört. Anfang 2013 mehrten sich dann die Hinweise, dass die Freiwilligen – mit Kampferfahrung noch

aus dem irakischen Aufstand und Bürgerkrieg – auch in anderen syrischen Städten eingesetzt wurden. Die meisten von ihnen gehören militanten Splittergruppen an, die aus der Sadr-Bewegung im Irak hervorgegangen sind. Es ist nicht bekannt, dass die Regierung Maliki versucht hätte, diese Einsatzpraxis zu unterbinden.

Malikis Autoritarismus

Zweifellos ist der Syrienkonflikt Anlass für die gegenwärtigen Unruhen und die eskalierende Gewalt im Irak. Ihre Ursachen liegen jedoch in dem nach 2003 aufgebauten politischen System des Irak und in Ministerpräsident Malikis Versuch, einen autoritären, von ihm kontrollierten Staat zu schaffen. Seine Politik wird zudem stark von einer »konfessionellen Paranoia« (Michael Knights) geprägt, die Maliki und seine Verbündeten dazu verleitet, in den sunnitischen Arabern des Landes Todfeinde zu sehen, die marginalisiert, wenn nicht gar militärisch bekämpft werden müssen.

Die Gegner Malikis werfen ihm seit 2008 vor, dass er die Macht in Bagdad monopolisiere. Zumindest hat der Ministerpräsident seine Position stetig ausgebaut. Bei seiner ersten Wahl im Mai 2006 war er noch ein Kompromisskandidat, von dem niemand glaubte, dass er später nach Alleinherrschaft streben könnte. Dies lag auch daran, dass er zur Daawa-Partei gehörte, die über keine eigene Miliz verfügte und damals Juniorpartner des weit aus stärkeren Irakischen Islamischen Hohen Rates (ISCI) war – des wichtigsten iranischen Klienten im Irak. Heute stützt sich Maliki neben seiner eigenen Partei vor allem auf schiitische Kräfte, wie den Hohen Rat, die Fadila-Partei und die Sadr-Bewegung, wobei diese immer wieder vorübergehend aus der Allianz ausschert. Die Vereinigung dieser Kräfte zur Nationalen Allianz (at-Tahaluf al-Watani) im Mai 2010 machte die Wahl Malikis zum Ministerpräsidenten im Dezember 2010 erst möglich. Die schiitischen Parteien waren bei den Wahlen im März 2010 zunächst mit

zwei Listen angetreten: der Rechtsstaatsliste Malikis, die 89 Mandate gewann, und der Nationalen Koalition (al-I'tilaf al-Watani), die auf 70 Mandate kam. Die neue Allianz erlaubte es den schiitischen Parteien, den eigentlichen Wahlsieger – die von Sunniten und Säkularisten dominierte Irakische Liste des ehemaligen Interimsministerpräsidenten Iyad Allawi (91 Mandate) – bei der Regierungsbildung an den Rand zu drängen.

Zwar war auch die Irakische Liste (ebenso wie die Kurdenparteien) Teil der neuen Regierung, doch wurde schnell deutlich, dass Maliki sich nicht an die »Übereinkunft von Erbil« halten wollte, die im November 2010 den Weg zu seiner Wahl freigemacht hatte. Dies betraf zunächst die Einrichtung eines »Nationalen Rates für Politikstrategien«, dem Allawi vorstehen sollte. Die Gründung dieses Rats scheint der Preis dafür gewesen zu sein, dass Allawi als Führer der Liste mit den meisten gewonnenen Mandaten auf das Ministerpräsidentenamt verzichtete. Der Nationale Strategierat wurde bis heute nicht eingerichtet. Ein weiterer Teil der Übereinkunft von Erbil war, dass wichtige Ministerämter an die Irakische Liste gehen sollten. Maliki weigerte sich aber beharrlich, das Innen- und das Verteidigungsressort mit Kandidaten dieser Liste zu besetzen. Zunächst übernahm er selbst die Leitung beider Ministerien kommissarisch, bevor er im Mai 2011 den mit ihm verbündeten Sunniten Saadun Dulaimi zum Verteidigungsminister ernannte. Parallel baute er seine Kontrolle über die Armee und die Sicherheitskräfte aus.

Nachdem Maliki seine Position in der neuen Regierung konsolidiert hatte, ging er dazu über, innenpolitische Konkurrenten von der Irakischen Liste direkt zu bekämpfen. Aufhänger war der Vorwurf, dass sie die Gewaltakte sunnitischer Gruppierungen und die 2003 verbotene Baath-Partei unterstützen. Prominentestes Ziel war Vizepräsident Tariq al-Hashimi, der im Dezember 2011 in die Kurdenregion und anschließend in die Türkei floh, um sich der Strafverfolgung zu entziehen. Die irakische Justiz warf ihm vor, er habe einer von ihm

kontrollierten Todesschwadron die Ermordung innenpolitischer Gegner befohlen, und verurteilte ihn zum Tode. Anfang 2013 folgte der Haftbefehl gegen den ungleich populäreren sunnitischen Finanzminister Rafi al-Isawi, den formal höchstrangigen sunnitischen Politiker im Land. Als Reaktion darauf nahmen die Proteste in den sunnitisch besiedelten Gebieten zu.

Maliki profitierte massiv von der Uneinigkeit und Schwäche seiner Gegner. Diese versuchten 2012, eine Mehrheit der Parlamentarier für ein Misstrauensvotum gegen Maliki zu gewinnen, scheiterten aber an der dafür notwendigen Stimmenzahl. Die Irakische Liste und die Kurdenparteien verhandelten monatelang mit der Sadr-Bewegung, die sich am Ende jedoch weigerte, mit ihnen zusammenzugehen. Gleichzeitig bemühte sich Maliki teils erfolgreich, von seiner Politik in Bagdad abzulenken, indem er immer wieder auf die destabilisierenden Folgen des Syrienkonflikts hinwies und den Konflikt mit den Kurden über die Ölpolitik und die »umstrittenen Gebiete« 2012 eskalieren ließ. Dabei konnte er sich der Zustimmung vieler nationalistisch gesinnter Sunniten sicher sein – insbesondere derer in Kirkuk und anderen Territorien mit kurdisch-arabischer Mischbevölkerung.

Konflikt mit Irakisch-Kurdistan

Während Maliki seine Macht in Bagdad konsolidieren konnte, gelang es ihm nicht, die Kurdenregion im Norden und Nordosten des Landes zu hindern, immer unabhängiger zu agieren. Vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Syrien 2011–2012 wuchsen die Spannungen zwischen Bagdad und Erbil. Abgesehen von unterschiedlichen Sichtweisen des Konflikts war die wichtigste Ursache, dass zentrale innenpolitische Streitpunkte seit 2005 ungelöst blieben. 2013 stehen wie 2012 Konflikte um die Ölförderung und die Verteilung der Einnahmen im Vordergrund, doch auch die Frage nach der Zukunft der »umstrittenen Gebiete« und insbesondere der Stadt Kirkuk sorgt weiterhin für Spannungen.

Im Verlauf des Jahres 2012 spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen Bagdad und Erbil zu. Um Möglichkeiten eines Misstrauensvotums gegen Maliki auszuloten, trafen sich seit dem Frühjahr die wichtigsten Gegner Malikis mehrfach: der Präsident der Kurdenregion Masud Barzani, der ebenfalls kurdische Präsident des Irak Jalal Talabani, Iyad Allawi, der sunnitische Spitzenpolitiker und Parlamentssprecher Usama an-Nujaifi und Muqtada as-Sadr. Trotz aller Bemühungen kam bislang keine Einigung zustande, da sich Muqtada as-Sadr (auch auf iranischen Druck hin) entschloss, die Regierung Maliki weiter zu unterstützen – ohne die 40 Mandate seiner Bewegung war die notwendige Mehrheit von 163 (von insgesamt 325) Stimmen nicht zu erreichen. Hinzu kam, dass die Irakische Liste durch Abspaltungen geschwächt war und unter den Parteien der Kurdenallianz Meinungsverschiedenheiten auftraten. Ein Ergebnis hatten die Bemühungen jedoch: Die Beziehungen zwischen Maliki und Barzani haben sich weiter verschlechtert.

Parallel setzten Erbil und Bagdad ihre seit Jahren andauernde Fehde in der Energiepolitik fort. Die Auseinandersetzung betrifft die jeweiligen Kompetenzen der Zentral- und der Regionalregierung, die in der Verfassung von 2005 nicht trennscharf voneinander abgegrenzt wurden. Aufgrund der Differenzen zwischen Kurden und Arabern konnte ein seit Februar 2007 im Entwurf vorliegendes nationales Ölgesetz bisher nicht verabschiedet werden. Erbil will eine von Bagdad möglichst unabhängige Energiepolitik führen, die die Kurdenregion wirtschaftlich autark machen würde. Bagdad besteht hingegen auf der zentralstaatlichen Kontrolle des Öl- und Gassektors. Der Konflikt hat seit 2005 an Bedeutung gewonnen, da in Irakisch-Kurdistan zahlreiche neue Vorkommen gefunden wurden. Zurzeit produziert die Kurdenregion rund 300 000 Barrel Öl pro Tag. Doch die Regierung plant, die Fördermenge schon bis 2015 auf 1 Million Barrel zu steigern. Erbil hat mehrere Abkommen mit internatio-

nen Energiekonzernen geschlossen, die die Exploration und Produktion übernehmen sollen. Bagdad spricht der Kurdenregierung das Recht ab, solche Verträge einzugehen, und droht den beteiligten Firmen, sie fortan von Ausschreibungen im Kernirak auszuschließen. Da die von den Kurden angebotenen Konditionen aber viel günstiger sind als die der Zentralregierung, gehen viele Ölfirmen dieses Risiko ein. Zuletzt machte ExxonMobil Schlagzeilen, als das Unternehmen Ende 2011 mehrere Abkommen über die Exploration und Produktion unterzeichnete. Vertragspartner ist die Kurdische Regionalregierung.

Die Situation ist besonders kompliziert, weil Irakisch-Kurdistan nicht über die nötigen Pipelines verfügt, um Öl und Gas zu exportieren. Alle in Irakisch-Kurdistan existierenden Leitungen führen in die zwischen Erbil und Bagdad umstrittene Stadt Kirkuk und erst von dort über die Kirkuk-Ceyhan-Pipeline Richtung Türkei. Die Lieferungen aus den Kurdengebieten fielen in den letzten Jahren immer wieder aus, weil sich Erbil und Bagdad nicht über die Verteilung von Kosten und Einnahmen einigen konnten. Zwar zahlte Bagdad (wenn auch wiederholt mit Verzögerungen und Abzügen) den festgesetzten Anteil von 17 Prozent der Staatseinnahmen an Erbil. Doch forderte die Kurdische Regionalregierung, dass die Zentralregierung auch die Kosten für die in Kurdistan tätigen Ölfirmen übernehme, denen Erbil Anfang 2013 immerhin 3,5 Milliarden US-Dollar schuldete. Als die Zentralregierung im Budget für 2013 nur 650 Millionen US-Dollar für diesen Posten einplante, zogen die Kurden ihre Minister aus Bagdad zurück.

Noch fehlt der Kurdenregion also die notwendige Infrastruktur. Um Druck auf Bagdad auszuüben, stoppte Erbil mehrfach die Einspeisung von Öl in das irakische Pipelinennetz; ein Großteil des Öls konnte daher nicht aus den Kurdengebieten exportiert werden. Erbil behalt sich seinerseits, indem es sein Öl mit Tanklastern in die Türkei und den Iran lieferte, was jedoch die Exportmenge eng begrenzte und von Bag-

dad als Schmuggel kritisiert wurde. Inzwischen hat die Regionalregierung mit dem Bau einer Pipeline begonnen, die noch 2013 Öl aus dem Taq-Taq-Feld ausschließlich durch kurdisches Gebiet in die Türkei leiten soll. Gelingt dies, wäre Irakisch-Kurdistan schlagartig sehr viel unabhängiger von Bagdad als heute. An dieser Stelle wirkt wiederum der Syrienkonflikt ein. Denn die Kurdenparteien sehen in der Schwächung und dem möglichen Fall des Assad-Regimes Chancen für Erbil, auch weil Bagdad genau dieses Szenario fürchtet. Der Kurdenpräsident Barzani wertet vor allem das faktische Ende der syrischen Herrschaft in den kurdisch besiedelten Gebieten im Norden und Nordosten Syriens positiv und versucht seit 2011, dort Einfluss zu gewinnen. Die Regierung Maliki befürchtet dagegen, dass direkt an der Grenze zum Irak ein weiteres autonomes Kurdengebiet entstehen und die irakische Kurdenregierung in ihrem Streben nach Unabhängigkeit bestärken könnte.

Vor diesem Hintergrund gewinnt auch die nach wie vor ungelöste Frage der »umstrittenen Gebiete« zusätzlich an Bedeutung. Diese Gebiete, die an die Kurdenregion grenzen und in denen Kurden gemeinsam mit Arabern, Turkmenen und kleineren Minderheiten leben, werden von den Kurden beansprucht. Den Kurden liegt dabei insbesondere an der Stadt Kirkuk, die sie seit 2003 kontrollieren und als Teil ihres Territoriums betrachten. Ministerpräsident Maliki versucht seit 2008 mithilfe der erstarkten irakischen Armee, den Einfluss der Kurden in diesen »umstrittenen Gebieten« zurückzudrängen. Schon in der Vergangenheit kam es mehrfach beinahe zu militärischen Auseinandersetzungen mit den Peschmerga genannten kurdischen Truppen. Im Juli 2012 hatte die irakische Zentralregierung Militär an der syrischen Grenze aufmarschieren lassen, weil Aufständische im Nachbarland syrische Grenzposten übernommen hatten und auf irakisches Territorium vorgedrungen waren. Dies sorgte für Unruhe auf kurdischer Seite, weil sich die Peschmerga und das irakische Militär nun an mehreren Punkten

im syrischen Grenzgebiet sehr nahe kamen. Die Spannungen verschärften sich dann aber andernorts im November 2012, nachdem Maliki Truppen in das von den Kurden kontrollierte Tuz Khurmatu in der Provinz Salahaddin geschickt hatte. Nur dank Vermittlung der US-Regierung konnte ein militärischer Zusammenstoß verhindert werden.

Schiiten gegen Sunniten

Der Konflikt im Irak ist zu kompliziert, als dass man ihn auf den Widerstreit zwischen einer schiitisch dominierten Regierung mit (erstens) sunnitischen und säkularistischen Kräften und (zweitens) der Kurdischen Regionalregierung reduzieren könnte. Schon untereinander sind die jeweiligen »Lager« nicht einig. Dies gilt für die sunnitisch-säkularistische Irakische Liste, die immer wieder mit Abspaltungen und Konflikten ihrer wichtigsten Akteure zu kämpfen hat. Und dies gilt auch für die Kurden, deren Patriotische Union Kurdistans durch das Auftreten der Goran-Bewegung seit 2009 nachhaltig geschwächt wurde. Für die irakische Politik insgesamt besonders bedeutsam ist aber die Uneinigkeit, die in dem von Maliki angeführten schiitischen Lager herrscht.

Dort hat der Ministerpräsident starke Konkurrenten. Seit der letzten Wahl spielt insbesondere die Sadr-Bewegung des populistischen Predigers Muqtada as-Sadr eine wichtige Rolle. Die Beziehungen zwischen Maliki und Sadr sind angespannt, seitdem der Ministerpräsident im Jahr 2008 die Miliz des Predigers, die Mahdi-Armee, in ihren Hochburgen in Basra und in den östlichen Stadtteilen von Bagdad als dominierende militärische Kraft ausschalten ließ. Trotzdem unterstützte Sadr die Wahl Malikis im Dezember 2010 und ermöglichte ihm damit eine neuerliche Amtszeit als Ministerpräsident. Ein wichtiger Grund war iranischer Druck, denn die Führung in Teheran drängte die schiitischen Parteien zur Einigkeit. Da das Interesse der Iraner an einer von Schiiten dominierten Regierung

fortbesteht, sind Sadrs Handlungsspielräume nach wie vor begrenzt. Dies zeigte sich beispielsweise während seiner Verhandlungen mit der Irakischen Liste und den Kurdenparteien über ein Misstrauensvotum gegen Maliki. Letzten Endes entschied Sadr, sich nicht an den Bemühungen zu beteiligen, Maliki zu stürzen.

Gleichzeitig fürchtet Sadr ebenso wie die anderen Gegner des Ministerpräsidenten, dass Maliki jeden künftigen Zuwachs seiner Macht nutzen wird, um innenpolitische Kontrahenten aus dem Feld zu schlagen – Sadr selbst nicht ausgenommen. Seine taktische Zusammenarbeit mit der Opposition scheint im Kern darauf gerichtet zu sein, ein zu schnelles und unkontrolliertes Erstarken Malikis zu verhindern und Zugeständnisse zu erzwingen. Zunächst dürfte es Sadr vor allem darum gehen, Stellen im Sicherheitsapparat zu besetzen, um ein späteres Vorgehen gegen die nach ihm benannte Bewegung zu erschweren. Darüber hinaus hat er schon in der Vergangenheit versucht, sich als irakischer Nationalist zu profilieren, dem die Nation wichtiger ist als die Konfession.

Dass es Iran gelingt, die Sadr-Bewegung im schiitischen Lager zu halten, ist auch eine Folge des Syrienkonflikts und der damit verbundenen regionalen Auseinandersetzung. Nicht zuletzt aufgrund des heftigen innenpolitischen Widerstands ist die irakische Syrienpolitik eher auf Vorsicht bedacht. Dennoch steht die Maliki-Regierung unverkennbar auf Seiten Irans und trotz einiger Vorbehalte auch auf der des Asad-Regimes. Diese Parteinahme hat aber nicht nur mit der Furcht vor den sunnitischen Aufständischen in Syrien, sondern auch mit Argwohn gegenüber ihren Unterstützern in der Region zu tun. Viele schiitische Politiker glauben, dass es Saudi-Arabien, Katar und der Türkei abgesehen vom Regimewechsel in Damaskus auch darum geht, die Verbündeten Irans in der arabischen Welt zu stürzen – also auch die Regierung in Bagdad. Sie belegen dies mit der deutlich ablehnenden Haltung gegenüber der Regierung Maliki, die vor allem

die saudi-arabische Führung an den Tag legt. Aufgrund dieser Furcht rücken die Schiiten trotz aller Differenzen enger zusammen. In den sunnitischen Demonstranten sehen sie weniger eine marginalisierte Minderheit, sondern in erster Linie die Vorboten einer künftigen Konfrontation mit den sunnitischen Mächten der Region. Auf diese Weise verfestigt die Regionalpolitik die Wahrnehmung eines konfessionellen Gegensatzes.

Diese Konfliktperzeption hat auch die Beziehungen des Irak zur Türkei enorm verschlechtert. Die Ereignisse in Syrien waren hier ebenfalls ein wichtiger Auslöser, nicht aber die Ursache. Die Türkei traf schon im August 2011 die Entscheidung, sich im Syrienkonflikt auf die Seite der Opposition zu stellen; noch vor Katar und Saudi-Arabien wurde sie zu ihrem wichtigsten Unterstützer. Die AK-Partei Ministerpräsident Erdoğan favorisiert die syrischen Muslimbrüder und gestattet den syrischen Rebellen, türkisches Territorium als Rückzugsgebiet zu nutzen. Dies entsprach so gar nicht mehr der »Null-Probleme«-Politik, die der türkische Außenminister Davutoğlu in den Jahren zuvor propagiert hatte. Außer auf eine enge Zusammenarbeit mit Syrien hatte die Türkei auch darauf hingearbeitet, das Verhältnis zum Irak zu verbessern. Das Nachbarland wurde als Handelspartner der Türkei immer wichtiger. Doch schon 2010 traten erste Verstimmungen zwischen der Maliki-Regierung und Ankara auf. Zu offensichtlich war die Unterstützung der türkischen Regierung für die Irakische Liste und prominente sunnitische Politiker. Dies war ein erstes Anzeichen dafür, dass die Türkei die alte »neo-osmanische« Politik Davutoğlus aufgab und verstärkt auf die Zusammenarbeit mit sunnitischen Gruppierungen wie den Muslimbrüdern setzte. Der wichtigste Grund hierfür dürfte die türkische Rivalität mit Iran gewesen sein. Ankara war der Meinung, die schon vor dem Abzug der US-Truppen Ende 2011 starke iranische Position in Bagdad einhegen zu müssen. Im April 2012 wurden die Meinungsverschiedenheiten zwischen der

Türkei und dem Irak schließlich offenkundig, als der irakische Vizepräsident Tariq al-Hashimi in die Türkei flüchtete, woraufhin sich die beiden Regierungen eine heftige Propagandaschlacht lieferten.

Von den schlechten Beziehungen zwischen Ankara und Bagdad profitieren bislang die irakischen Kurden am meisten. Denn Ankara hat sich ihnen gegenüber auf eine regelrechte Umarmungsstrategie gelegt. Die Türkei ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner Irakisches-Kurdistan, türkische Firmen investieren seit Jahren in die Energie-, Bau- und Tourismusindustrie des Kurdengebiets. Sollte die direkte Pipeline vom Ölfeld Taq Taq in die Türkei wie vorgesehen noch 2013 fertiggestellt werden, wird sich der Annäherungsprozess beschleunigen. Die Beziehungen zwischen der Türkei und der irakischen Zentralregierung würden sich in diesem Fall weiter verschlechtern, während die Kurden in immer größere Abhängigkeit von ihren Partnern im Norden gerieten. In einem solchen Szenario hätte sich Irakisches-Kurdistan zumindest faktisch aus dem irakischen Staatsverband gelöst und würde zu einer Art türkischem Protektorat.

Kein Bürgerkrieg, aber dauerhafte Instabilität

Noch ist unklar, wie der Irak darauf reagieren wird, dass Asads Regime seit Frühjahr 2013 wiedererstartet. Es zeichnet sich ab, dass Asad zumindest einen Rumpfstaat im Süden und Westen des Landes kontrollieren wird. Für die Regierung Maliki bedeutet das noch keine Entwarnung. Denn syrische Rebellen und kurdische Oppositionelle halten den Norden und Osten des Landes weiter unter Kontrolle, und jihadistische Gruppen mit Verbindungen in den Irak sind eine wichtige Kraft in der Aufstandsbewegung.

Da der syrische Bürgerkrieg nur Anlass und nicht Ursache der Konflikte im Irak ist, kann nicht mit einer schnellen Stabilisierung der innenpolitischen Lage gerechnet werden. Die Opposition ist zu schwach, um

Malikis Macht zu gefährden. Schon bald wird deshalb die Frage aufkommen, ob er bei den nächsten Parlamentswahlen 2014 erneut als Kandidat für das Ministerpräsidentenamt antritt. Zwar hatte er im Februar 2011 angekündigt, dass er sich nicht noch einmal zur Wahl stellen wolle. Mittlerweile verdichten sich aber die Hinweise, dass er doch antreten wird. Gelingt es ihm, auch die nächste irakische Regierung anzuführen, wird er versuchen, seine Position weiter auszubauen, und hat dabei gute Chancen auf Erfolg. Der wichtigste Grund ist der Anstieg sowohl der Ölproduktion als auch der Einnahmen – dank der konstant hohen Ölpreise. Der Irak hat 2012 erstmals seit dem Regimewechsel 3 Millionen Barrel pro Tag produziert und dürfte auch künftig seine Produktion jedes Jahr um 500 000 Barrel pro Tag steigern. Das wird es der Regierung in Bagdad erleichtern, ihre Zentralisierungspolitik fortzusetzen.

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Maliki die Marginalisierung der Sunniten stoppen wird. Dies wird immer wieder Proteste hervorrufen und anhaltende terroristische Gewalt begünstigen. Auch der Konflikt mit den Kurden wird sich nicht lösen lassen, solange die Regierung auf Zentralisierung setzt. Schon wenn Irakisches-Kurdistan beginnt, sein Öl und später sein Gas über Pipelines direkt in die Türkei zu exportieren, dürften die Auseinandersetzungen zunehmen. Zwar wäre das eigentliche Kurdengebiet damit faktisch von Bagdad unabhängig, doch selbst dann würden beide Seiten an ihren Ansprüchen auf die »umstrittenen Gebiete« festhalten. Die Eskalationsgefahr in diesem Gebietsstreifen bliebe hoch.

Angesichts der immensen regionalen Spannungen bliebe der Irak ein permanenter Unruheherd. Sollte das Asad-Regime zusammenbrechen, dürfte die Gewalt auch im Irak eskalieren. Auch wenn die Stärke der irakischen Sicherheitskräfte verhindern mag, dass ein neuer Bürgerkrieg ausbricht – den ausnahmslos alle Iraker nach der Erfahrung 2003–2008 fürchten –, wird der Irak auf absehbare Zeit instabil bleiben.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364